

**IPads in den Schulen:
Mietkosten
+ 71 %**

Die CDU und die FWB in der Stadtvertretung beschlossen auf der Sitzung im Oktober eine drastische Erhöhung der Miete für die Schüler-IPads um 71 % von bislang 7 auf 12 Euro im Monat. Die BALL-Fraktion lehnte diese extreme Erhöhung ab, ebenso vier Stadtvertreter von SPD und Grünen. Betroffenen sind rund 130 Eltern in den Barmstedter Schulen. BALL-Fraktionsvorsitzender Henrik Pünner kritisierte massiv, dass mit dem Abkassieren der Eltern ein weiteres Mal gegen die eigentlich vorgesehene Lernmittelfreiheit verstoßen wird. Zusätzlich wurden die Zuschüsse beim Kauf des iPads halbiert.

Zudem wären in den Schulen die Eltern an ein teures Apple-Modell gebunden, das aufgrund seiner Quasi-Monopolstellung für die Stadt und die Eltern immer teurer wird. Die tatsächlichen monatlichen Mietkosten für ein iPad liegen inzwischen bei 22,54 Euro. Die nach ca. fünf bis sechs Jahren vorgesehene Ersetzung der IPads durch leistungsstärkere Modelle wird ca. 600.000 Euro kosten, und wenn es nicht – wie bei der Erstanschaffung der IPads – entsprechende Zuschüsse von Bund und Land gibt, bleiben diese Kosten bei Stadt und Eltern hängen. Das darf nicht sein.

Verwaltungsgebühren: + 20%

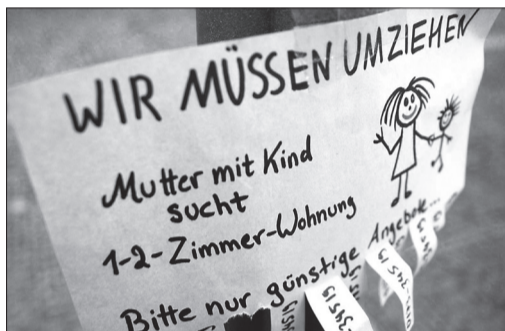
Die Stadtvertretung beschloss eine Neufassung der Verwaltungsgebührensatzung. Damit verbunden sind Gebührenerhöhungen für die Barmstedterinnen und Barmstedter: Kopien, Zeugnisse, Beglaubigungen, neue Hundemarken, Schülerausweise – alles wird teurer, in der Regel um 20 %. Auch diese Gebührenerhöhungen wurden von der BALL-Fraktion abgelehnt. „Es ist ein vergeblicher Versuch, die Finanznot der Stadt, die nicht in Barmstedt entstanden ist, mit dem Geld der Bevölkerung etwas abzumildern“, so BALL-Stadtvertreter Dr. Günter Thiel.

**Barmstedter Stadthaushalt 2025:
6,8 Millionen Euro Defizit**

Die Stadtvertretung will am 10. Dezember den Haushaltsplan für das Jahr 2025 beschließen. Dieser geht von einem Defizit von rund 6,8 Mio. Euro aus. Das ist gegenüber dem Haushaltsplan 2024 eine Verschlechterung von rund 3 Mio. Euro. Das Eigenkapital der Stadt wird sich nach der Planung Ende 2025 im negativen Bereich bewegen.

Die Liste der Schwachstellen im Haushaltsplan ist lang. Einige Beispiele:

- Trotz eines Beschlusses der Stadtvertretung geht es beim Bau von bezahlbarem Wohnraum für Menschen mit normalem oder geringem Einkommen nicht voran, und das seit einigen Jahren.
- Für den überfälligen Neubau der Stadtbücherei steht im Haushalt erneut nichts.
- Die konkreten kommunalen Klimaschutzmaßnahmen bewegen sich auf sehr bescheidenem Niveau.
- Etliche eingefrorene Zuschüsse für die Kinder- und Jugendarbeit, Seniorenbetreuung, Lernmittel, Soziales oder Kultur werden durch die Preissteigerungsraten real gekürzt.
- Die Stelle der Gleichstellungsbeauftragten wurde gestrichen; die Aufgaben sollen jetzt ehrenamtlich wahrgenommen werden.
- Die Elternbeiträge in den Kindertagesstätten und in der



Ganztagsbetreuung sind immer noch viel zu hoch. Die BALL unterstützt erneut die Forderung, dass endlich auch in Schleswig-Holstein die Elternbeiträge abgeschafft werden, zumindest im ersten Schritt wie in Hamburg für fünf Betreuungsstunden täglich.

Andererseits sieht die BALL im Haushaltsplan auch positive Momente, für die sich nicht zuletzt auch die BALL eingesetzt hat:

- Die Arbeitsplätze bei der Stadt, im kommunalen Seniorenheim und bei den Stadtwerken werden abgesichert.
- Mit dem neuen Gewerbegebiet im Norden geht es langsam



- Die Unterhaltung der kommunalen, sozialen und kulturellen Einrichtungen, der Schulen, Kindertagesstätten und dezentralen Flüchtlingsunterkünfte ist gewährleistet.
- Die Laufbahn auf dem Schul-sportplatz Heederbrook wird endlich saniert, die Sporteinrichtungen und die Sportförderung der Vereine sind abgesichert.
- Die Schwimmhalle wird durch die Stadtwerke unterhalten und weiter saniert.
- Für die laufenden Kosten der Feuerwehr sind eine halbe Million vorgesehen sowie Planungskosten für den Neubau.
- Für den seit Jahren überfälligen

Erweiterungsbau bei der Gottfried-Semper-Schule sind Mittel von 9,5 Mio. eingeplant. Die Prognose für die folgenden Jahre bis 2028 ist nicht ro-

Im Raum stehen andere Unsicherheiten, die auf weitere Belastungen hinweisen: Die CDU/Grünen-Landesregierung hat den Kommunen die Finanzausgleichsmasse um ihren Drittel-Anteil an der Städtebauförderung gekürzt, und zudem steht die weitere Förderung in Frage, was vor allem die dringenden Sanierungsmaßnahmen auf der Schlossinsel betreffen würde. Das neue Kindergartengesetz ab 2025 beinhaltet weitere Kostenabwälzungen auf die Kommunen. Die von der Bundesregierung zu verantwortende konjunkturelle Krise, die von CDU, SPD, GRÜNEN, FDP und AFD getragene Hochrüstungspolitik und der sich andeutende Wirtschaftskrieg mit der Trump-Regierung und China werden auch den Kommunen viele weitere Milliarden an Steueranteilen entziehen. Von solchen „Kleinigkeiten“ zu schweigen wie dem Steuerraub von mindestens 36 Milliarden durch Cum-Ex-Bankenkriminalität. Würden allein diese Gelder vom Staat zurückgeholt, erhielte Barmstedt beträchtliche 3,6 Millionen Euro – theoretisch.



Dr. Günter Thiel
Hauptausschuss

Es bleibt die Forderung nach einem Schuldenschnitt für finanzschwache Kommunen, und das Ringen um eine ausreichende Finanzausstattung der Kommunen und somit auch für Barmstedt geht weiter.

**Aktuelle Greepeace-Studie:
NATO-Staaten militärisch überlegen**

Die Nato-Staaten sind Russland in fast allen militärischen Bereichen weit überlegen, selbst die europäischen Nato-Staaten für sich genommen liegen in Militärhaushalt, Truppenstärke und Großwaffensystemen vor Russland – das ist das Ergebnis einer Studie, die der renommierte Friedensforscher Prof. Dr. Herbert Wulf im Auftrag von Greenpeace erstellt hat. Das Ergebnis verdeutlicht, dass die anhaltende Aufrüstungshysterie in Deutschland nicht mit dem tatsächlichen militärischen Kräfteverhältnis übereinstimmt.

Die Nato-Staaten investieren



rund zehnmal mehr in ihr Militär – 1,19 Billionen US-Dollar im Vergleich zu 127 Milliarden US-Dollar in Russland. In Schlüs-

selbereichen wie Waffentechnologie und Truppenstärke ist die Überlegenheit der Nato offensichtlich: Bei Kampfflugzeugen

und Panzern verfügt die Nato über modernere Systeme und eine größere Einsatzbereitschaft. Die Nato besitzt 5.406 Kampfflugzeuge, während Russland nur auf 1.026 kommt. Allein die europäischen Nato-Mitglieder (ohne die USA und Kanada) verfügen mit 2.073 Jets über beinahe doppelt so viele Kampfflugzeuge wie Russland. Während die Nato mehr als drei Millionen aktive Soldatinnen und Soldaten bereitstellt, kann Russland nur 1,33 Millionen mobilisieren.

Obwohl die Nato in konventionellen Streitkräften überlegen ist, bleibt das Atomwaffen-

Potenzial auf beiden Seiten nahezu gleich. Beide Parteien verfügen über ausreichend Atomwaffen, um die Gegenseite zu vernichten.

Die Notwendigkeit, in Deutschland die Militärausgaben weiter und dauerhaft zu erhöhen und dabei - in logischer Konsequenz - andere Bereiche wie Soziales, Bildung oder ökologische Transformation nicht ausreichend zu finanzieren, lässt sich daraus nicht ableiten.

Greenpeace warnt, dass die Rüstungsüberlegenheit der Nato und die fortgesetzten Aufrüstungsschritte keine echte Sicherheit schaffen. Vielmehr ist ein grundlegendes Umdenken in der Sicherheitsstrategie erforderlich.

Die vollständige Studie finden Sie hier: <https://act.gp/48D4mFn>

Reiche noch reicher

Eine neue Erhebung hat ergeben, dass Dieter Schwarz (Gründer der Supermarktkette Lidl) jetzt der reichste Deutsche ist. Sein Vermögen: rund 44 Milliarden (44.000.000.000) Euro. Da bekommt der Werbespruch doch gleich eine andere Bedeutung: LIDL LOHNT SICH!

„Die Welt ist einfach zu einem Spielball der Konzerne geworden. Das bedeutet, dass es im Interesse einiger weniger liegt, möglichst viel Geld zu scheffeln. Denen ist es völlig egal, was mit dem Rest der Menschheit und der Erde passiert. Das ist wirklich furchteinflößend.“ Milla Jovovich (Schauspielerinnen – „Breathe“)

Trump zum Zweiten – und nun?

Bis zuletzt war von einem Kopf-an-Kopf-Rennen gesprochen worden. Dann war es doch ein klarer Sieg von Donald Trump bei den US-Präsidentschaftswahlen am 5. November.

Was ist das für eine Bevölkerung, die mehrheitlich einen unberechenbaren Straftäter, notorischen Lügner und Sexisten wählt? Der Beweis, wie marode das dortige Bildungssystem ist, wurde deutlich erbracht.

Was nach seiner Amtseinführung im kommenden Januar alles passieren wird, kann man nur erahnen. Schönes wird kaum dabei sein.

■ Er will sofort mehrere Millionen „Illegale“ abschieben. Das

■ Trump hat angekündigt „aufzuräumen“. Kenner der USA gehen davon aus, dass er viele Stellen in Ministerien und Behörden mit willfährigen Gefolgsleuten besetzen wird. Seine geplante Regierung ist das reinste Horrorkabinet. „Nach dieser Wahl braucht ihr nie mehr wählen“ – mit diesem Spruch im Wahlkampf hat Trump gezeigt, in welche Richtung sein Demokratieverständnis geht: Umbau hin zu einem autokratischen Staat.

■ Maßnahmen zur Eindämmung des Klimawandels sollen zurückgefahren werden. Bemerkenswert: Auch in den vom Hurrikan Helena betroffenen Südstaaten hat der Klimaleugner Trump gewonnen.

■ **America first** heißt Wirtschaftskrieg mit China und auch mit der EU – zum Beispiel durch Strafzölle. Amerikanische Wirtschaftsnobelpreisträger warnen vor so einer Politik. In unserem Land werden wir uns wohl auf höhere Preise einstellen müssen und gegebenenfalls auch auf den Verlust von Arbeitsplätzen, wenn aufgrund von höheren Zöl-

len Exporte wegfallen. Die AFD jubelt über Trumps Sieg, denn viele seiner Positionen werden auch von der AFD proklamiert.

Der zukünftige Vizepräsident Vance hat in einer Wahlkampfrede Kamala Harris als Müll bezeichnet! Das ist genau

die Sprache, die wir auch von der AFD kennen. Alexander Gauland von dieser rechtsradikalen Partei wollte die Vizepräsidentin des Bundestages, Aydan Özugus, „in Anatolien entsorgen“.

Wahlkampfspenden

Der US-Wahlkampf ist mit hohen Kosten verbunden. Die Kandidaten Trump und Harris benötigten viel Geld, um ihre Mitarbeiter zu bezahlen, Reisekosten abzudecken sowie Werbeanzeigen in TV und Zeitungen zu schalten. Mit rund 119 Millionen Dollar hat Elon Musk (Eigentümer von TESLA und reichster Mensch der Welt) den Wahlkampf von Trump unterstützt. Angeblich telefonieren die beiden mehrmals wöchentlich. Und mit Gesten hat Musk bereits angedeutet, dass er zukünftig mitbestimmen will. Trump kündigte bereits an, dass für Musk ein neues Ministerium entstehen soll.

Einziger Trost. Da Musk in Südafrika geboren wurde, kann er nicht der nächste US-Präsident werden. **Übrigens:** Gleich nach der Wahl stieg der Kurs der TESLA-Aktie um 13%.

Auch deutsche Firmen engagierten sich im US-Wahlkampf, diesmal mehrheitlich mit über 2 Millionen Dollar für Donald Trump aber auch für Harris. Hier eine Auswahl: Covestro (Chemiekonzern), Heidelberg Materials, BASF, Fresenius, Siemens, Bayer, BMW, Mercedes, VW Münchner Rück und Deutsche Bank. Wie schon bei den vergangenen US-Präsidentenwahlen investierte T-Mobile am meisten.

Bundestagswahl am 23. Februar 2025



Die Regierungskoalition aus SPD/Grünen und FDP wurde beendet.

Sie ist sowohl an außen- als auch an innenpolitischen Meinungsverschiedenheiten zerbrochen. Haushaltsprobleme waren durchaus von großer Bedeutung. Es gab aber auch unterschiedliche Ansichten zur Weiterführung und Finanzierung des Ukraine-Krieges. Waffenlieferungen wie z. B. die Lieferung von Taurus-Raketen und eine stärkere Kriegsfinanzierung auf Kosten von Sozialleistungen und Bildung im Bundeshaushalt waren ein Dreh- und Angelpunkt.

Jubel ?

Nachdem Kanzler Scholz den FDP-Chef und Finanzminister Christian Lindner entlassen hatte, wurde er von seiner SPD-Fraktion mit Beifall und Jubel begrüßt. Lindners FDP hatte die Arbeit der Koalition schon seit Monaten sabotiert. Insofern war die Entlassung längst überfällig. Aber ist das Ende einer Regierung, die als „Fortschrittskoalition“ angetreten war, wirklich ein Grund zum Jubeln!? Erwartet werden kann nun leider ein erheblicher Rechtsruck. Die CDU/CSU von Friedrich Merz (und ihrem

Pinneberger Kreisvorsitzenden Martin Balasus!) steht für den Abbau von Sozialleistungen, Kürzung von Bürgergeld, weitere Einschränkung der kommunalen Selbstverwaltung und Fremdenfeindlichkeit.



Helmut Welk
Vorsitzender
der Barmstedter Linken
Liste

Demokratie ?

Mit der Aussage, wir brauchen schnelle Wahlen, um unser Land mit einer neuen Regierung „aus der Krise zu führen“ hat vor allem CDU-Chef Friedrich Merz Druck gemacht. Ein Kalkül dabei: Möglichst vielen kleinen Parteien die Teilnahme an der Wahl zu erschweren, wenn nicht gar dieses zu verhindern. Denn kleine Parteien, die nicht im Parlament vertreten sind, müssen Unterschriften sammeln, um überhaupt teilnehmen zu dürfen. Der Druck und die Verteilung der Formulare, dann das Sammeln und dann die Prüfung durch die örtlichen Behörden erfordern viel Zeit und Aufwand. Und wenn dann noch „auf die Schnelle“ Wahlprogramme diskutiert und beschlossen werden müssen, kann es für viele eng werden. **Demokratie geht anders!**

Das Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG)

Geht das Krankenhaussterben weiter?

Das erklärte Ziel dieser Reform soll die Qualität der Gesundheitsversorgung verbessern und gleichzeitig die finanziellen Rahmenbedingungen für Krankenhäuser weiterentwickeln.

Die **Qualität der medizinischen Versorgung soll gestärkt werden**, indem zukünftig nur die Krankenhäuser Leistungen erbringen können, die dafür die adäquate technische Ausstattung, das fachärztliche und pflegerische Personal sowie erforderliche Fachdisziplinen zur Vor-, Mit- und Nachbehandlung vorweisen.

Dafür werden den einzelnen Krankenhausstandorten **Leistungsgruppen** von den Planungsbehörden der Bundesländer zugewiesen. Sie entscheiden darüber, welche Standorte welche Leistungen unter



von Behandlungsfällen hinterlegt, die erfüllt sein müssen, damit einem Krankenhaus die jeweilige Leistungsgruppe zugewiesen werden darf, und es hierfür u.a. die Vorhaltevergütung erhält. Aus der bisherigen Fallpauschalenvergütung werden künftig 60% für die Vorhaltevergütung verwendet, 40% müssen wie bisher über Behandlungsfälle (Fallpauschalen) erwirtschaftet werden – es lastet also weiterhin ein wirtschaftlicher Druck auf den Kliniken.

Um die Strukturreform finanziell abzusichern, soll über einen Zeitraum von zehn Jahren (2026 bis 2035) ein „Transformationsfond“ in Höhe von 50 Milliarden Euro bereitgestellt werden, jeweils zur Hälfte getragen von den Ländern und aus Mitteln der Liquiditätsreserve des Gesundheitsfonds

des Bundes (25 Mrd. Euro), der aus Beiträgen der gesetzlich Krankenversicherten gedeckt wird – die privaten Krankenkassen können sich **freiwillig!** an den Kosten beteiligen. **Resümee:** Eine Krankenhausreform wird von allen Beteiligten für erforderlich und sinnvoll erachtet.

Von der geplanten Spezialisierung der Kliniken profitiert die Versorgungsqualität der Patienten.

Der Bund beschließt detaillierte Vorgaben der Leistungsgruppen, z.B. Mindestanzahl der Fachärzte, engt somit aber den Handlungsspielraum der Länder bei der Krankenhausplanung stark ein.

Die Länder haben jetzt noch bis Ende 2026 Zeit um die jeweiligen Leistungsgruppen zuzuweisen.

Kleinere Kliniken werden die

geforderten Strukturmerkmale nicht erfüllen können und müssen schließen oder zu „sektorenübergreifenden Versorgungseinrichtungen“ erklärt werden, die „wohnortnah“ stationäre Behandlung mit ambulanten und pflegerischen Leistungen anbieten.

Patienten werden in nicht eiligen Fällen (bei besserer Versorgungsqualität) längere Wege in Kauf nehmen müssen.

Es wird zu einem **großen Abbau und Umbau der Kliniklandschaft** kommen: schon jetzt sind 400 der ca. 1700 Krankenhäuser insolvenzgefährdet und würden unreguliert „durch die kalte Küche“ schließen müssen. Durch die Reform wird es zu geplanten Krankenhausschließungen (-umwandlungen) in voraussichtlich gleichem oder noch größerem Umfang kommen.

Klaus Kuberzig
Werkausschuss



ist nicht nur für die Betroffenen eine Katastrophe. Da die meisten dieser Menschen in „Lohn und Brot“ sind, werden viele Arbeiten liegen bleiben.

Bürgerwald



Zahlreiche Bürgerinnen und Bürger haben sich an drei Pflanzaktionen beteiligt. So ist am Weidkamp Barmstedts erster Bürgerwald entstanden. Ein kleiner aber sehr guter Beitrag für den Klimaschutz.

Geplant war, in 2025 einen weiteren „Bürgerwald 2.0“ zu pflanzen. Der Ausschuss für „Klima, Nachhaltigkeit und Naturschutz“ hatte dies einstimmig im September beschlossen. Die Verwaltung wurde beauftragt, nach einem passenden Grundstück zu suchen.

In der Novembersitzung des Ausschusses kam nun die Er-

nüchterung: Ein Grundstück für dieses Projekt ist zurzeit nicht vorhanden. Gleichwohl soll das Projekt weiterverfolgt werden.

Nebenbei bemerkt: Die örtliche CDU unterstützt Waldpflanzungen. Auf „höherer Ebene“ sieht es leider anders aus. Im europäischen Parlament haben die deutschen Christdemokraten mit ihrer EVP-Fraktion – zusammen mit der AfD (!!) und anderen nationalistischen Fraktionen - die geplante EU-Entwaldungsverordnung verhindert.

Hier pflanzen und andernorts abholzen und roden: **Klimaschutz geht anders.**

Peter Lorenzen
Ausschuss für Jugend
und Soziales



den gesetzten Voraussetzungen erbringen dürfen und wohin folglich die Vorhaltevergütung (s.u.) fließt. Die Planung der Krankenhausversorgung vor Ort bleibt damit uneingeschränkt bei den Bundesländern.

Das Spektrum der medizinischen Leistungen der Krankenhäuser wird künftig in einem ersten Schritt in 65 Leistungsgruppen abgebildet. Diese Leistungsgruppen werden bundeseinheitlich definiert und mit Mindestqualitätsanforderungen (s.o.) und einer **Mindestanzahl**